

# EU erhebt nun auch noch CO2-Steuern – es wird teurer für die Bürger

geschrieben von AR Göhring | 23. Dezember 2022

von AR Göhring

Nach der deutschen CO<sub>2</sub>-Steuer, die ab Januar 2021 mitten in der „Lockdown“-bedingten Pleitewelle die Lebenshaltungskosten der Bürger verteuerte, langt jetzt auch noch Brüssel zu: Abgaben in der ganzen Union sollen steigen – plus ein regelrechter Klimazoll. Neben den höheren Kosten wird dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Unternehmen gesenkt und die Desindustrialisierung Westeuropas weiter verstärkt. Greifen werden die Neuregelungen in fünf Jahren.

Dennoch, oder gerade deshalb, feiert Wirtschaftsminister Habeck einen „historischen Durchbruch“. Ein CDU-MdEU verteidigte das Gesetzeswerk als „Angleichung“ – deutsche Verhältnisse für alle in der EU.

Es gab einen seltsamen 30h-Verhandlungsmarathon, den die Grünen im EU-Parlament gewannen. Ergebnis ist das größte Klimagesetzespaket, das Brüssel je verabschiedet hat. Damit soll angeblich das Ziel von 55% weniger Kohlendioxid-Emissionen bis 2030 erreicht werden (*Fit for 55*, vgl. 1990). Das ist schon in rund acht Jahren – und die Mehreinnahmen der EU dürften wie üblich in den Taschen von Klima-Profiteuren landen, oder ganz andere Industriezweige wie Massenmigration oder Genderpolitik finanzieren.

Welches Werkzeug benutzt man dafür? 62% der „Verschmutzungsrechte“ (CO<sub>2</sub>-Zertifikate) sollen aus dem Handel genommen werden – und Gratisrechte soll es nicht mehr geben. Resultat: Verknappt man ein Gut, wie die Energie in Deutschland, wird es erheblich teurer. Nicht nur mittelständische Hersteller werden dann noch mehr geschröpft, sondern auch Autofahrer (ohne angeblich klimaneutrale E-Mobile) und Gebäudbesitzer. Eine Tonne Kohlen-zwei-Sauerstoff kostet in Zukunft 45 Euro – also 10 Cent mehr für den Liter Diesel.

In einem anzulegenden Fond sollen über 86 Milliarden Euro zur Unterstützung der ärmsten Steuerzahler zusammenkommen – was laut Aussage eines Häuslebauerlobbyisten aber längst nicht reiche, verlangte Modernisierungsmaßnahmen zu bezahlen.